

Kommentare. Berichte. Analysen.

**BDS.**

[www.bds-dgv.de](http://www.bds-dgv.de)

Oktober 2019

# Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Carsten Brodesser:

**Demokratie  
wieder neu  
erklären**



**BranchenLösungen**  
leben.

Branchen im Fokus.

**Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.**

**Sie sind Arbeitgeber?**

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

**Sie sind Arbeitnehmer?**

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:  
[business.allianz.de/branchenloesungen](https://business.allianz.de/branchenloesungen)



# Politik als Illusionstheater-Theater

von Dr. Hugo Müller-Vogg

**P**olitiker müssen bis zu einem gewissen Grad auch Schauspieler sein, denn Politik ist immer auch Theater. So auch jetzt nach den Landtagswahlen im Osten. Da wurde von allen Parteien ein beeindruckendes Illusionstheater geboten. Das ist jene besondere Form des Theaters, die beim Zuschauer den Eindruck erwecken soll, er nehme an einem realen Geschehen teil. Vor allem CDU und SPD überboten sich dabei, Illusionen zu wecken, denen jeder reale Bezug fehlte. Aber auch die Grünen, die Linke und die AfD mischten dabei kräftig mit.

Hier das Arsenal schwarz-rot-grün-blauer Illusionen:

**Erfolgs-Illusion:** CDU und SPD gerieren sich, als hätten sie glänzende Ergebnisse erzielt. Das tun sie, indem sie ihre schlechten Ergebnisse mit noch schlechteren Umfrageresultaten vergleichen. Dabei sind beide Regierungsparteien schwer gerupft worden. Die 32,1 Prozent der sächsischen CDU entsprechen einem Verlust von 19 (!) Prozent gegenüber dem Wahlergebnis von 2014, die 26,2 Prozent der SPD in Brandenburg einem Rückgang von 18 (!) Prozent.

Den Illusionskünstlern hilft, dass die Veränderungen am Wahlabend im Fernsehen gegenüber dem letzten Wahlergebnis in Prozentpunkten angegeben werden. Aber das täuscht: Der Rückgang von „nur“ 5,7 Prozent bei der SPD Brandenburg ist, bezogen auf die 31,9 Prozent von 2014, kaum weniger als das Minus der CDU Sachsen von 7,3 Punkten gegenüber der Ausgangslage von 39,4 Prozent. Dabei haben sie 19 und 18 Prozent verloren.

**Kampagnen-Illusion:** CDU und SPD feiern sich in Sachsen und Brandenburg für ihren grandiosen Wahlkampf. Richtig ist, dass die Ministerpräsidenten Kretschmer und Woidke gekämpft haben wie wohl noch kein anderer Regierungschef. Aber sie konnten halt nur die Verluste verkleinern. Bezeichnend für das Illusionstheater ist das überschwängliche Lob aus SPD-Kreisen für ihren sächsischen Spitzenkandidaten Dulig. Der stürzte trotz seiner hoch gerühmten Kampagne von 12,4 auf 7,7 Prozent ab - ein Verlust von 38 (!) Prozent.



**Hugo Müller-Vogg**  
war Mitherausgeber der FAZ,  
Bild-Kolumnist und ist heute gefragter  
Gesprächspartner der Nachrichten-  
sender n-tv, N24 und Phoenix

Man stelle sich vor, ein Anbieter von Waschpulver oder Handys behauptete, er habe ein Spitzenprodukt und werbe dafür auf geradezu grandiose Weise. Was hilft ihm das, wenn ihm kaum jemand sein Produkt abkauft?

**Leihstimmen-Illusion:** Die Grünen hatten schon von einer eigenen Ministerpräsidentin in Brandenburg und einem deutlich zweistelligen Ergebnis in Sachsen geträumt. Doch es war ein ernüchterndes Erwachen. Grünen-Chef Habeck versuchte dennoch, die enttäuschenden eigenen Gewinne als großartigen Grünen-Beitrag im Kampf gegen die AfD zu verkaufen. Seine krude Begründung: Um die Rechtsaußenpartei vom ersten Platz fernzuhalten, hätten Grünen-Wähler in Brandenburg für die SPD und in Sachsen für die CDU gestimmt. So kann man das eigene enttäuschende Ergebnis schönreden. Aber ernst nehmen muss man dieses Illusionstheater nicht.

**Volkspartei-Illusion:** In den Parteizentralen von CDU und SPD wird so getan, als hätte man in Sachsen beziehungsweise Brandenburg den Status als Volkspartei ver-

teidigt. Dabei hat sich die Kernschmelze der beiden einstigen „Großen“ fortgesetzt. Wenn die CDU in Brandenburg gerade mal auf 15,6 Prozent kommt (minus 23 Prozent) oder die SPD in Sachsen nur noch auf 7,7 Prozent, dann haben sie den Status einer Kleinpartei und sind von einem sehr großen Prozentsatz des Wählervolkes weit entfernt.

Die AfD feiert sich mit 27,5 (Sachsen) und 23,5 Prozent (Brandenburg) als neue Volkspartei. Was ebenfalls der Versuch einer doppelten Täuschung ist - einer Selbst-Täuschung wie einer Wähler-Täuschung. Eine Volkspartei will nicht nur der gesamten Bevölkerung ein Angebot machen. Sie hat auch Konzepte für die gesamte Bandbreite politischer Aufgaben. Die AfD bietet dagegen keine konkreten Lösungen an, sondern sammelt die Wutbürger, Protestwähler und Ewig-Gestrigen ein, stachelt sie mit teilweise rechtsradikalen und rassistischen Sprüchen noch an. So agiert eine Anti-Partei, aber keine Volkspartei.

**Die-„Der-Feind-steht-rechts“-Illusion:** Die Fixierung von CDU, SPD und Grünen auf die AfD läßt völlig vergessen, dass es auch noch eine Linkspartei gibt. Die hat zwar ihren Status als Ost- und Kümmerer-Partei ebenso eingebüßt wie als Auffangbecken für Protestwähler. Dementsprechend hat sie deutlich an Stimmen verloren. Aber so wie die AfD die Nazi-Verbrechen verharmlost, so hat es die Linke alias SED bis heute nicht geschafft, die von ihr einst beherrschte DDR als das zu bezeichnen, was sie war - ein Unrechtsstaat. Auch das gehört zu den Realitäten von Brandenburg und Sachsen. Dort haben 34 beziehungsweise 38 Prozent für zwei Parteien gestimmt, die vergessen machen wollen, was in zwei Diktaturen auf deutschem Boden an Unrecht geschehen ist.

**Fazit:** Die Wahlen in Sachsen und Brandenburg haben wieder einmal bewiesen: Die Parteien sind Illusionskünstler. Ihre Hymne stammt aus „Cabaret“: „Theater, Theater, das ist wie ein Rausch und nur der Augenblick zählt.“ Doch allen Beschönigungen schlechter Ergebnisse zum Trotz: Nach der Wahl fällt kein Vorhang; der nächste Akt dauert fünf Jahre. ■

[www.hugo-mueller-vogg.de](http://www.hugo-mueller-vogg.de)

# Klare Wähler-Botschaft: Wenn Sachsen links regiert wird, hilft das der AfD

von Klaus Kelle

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen sind in vielerlei Richtung auslegbar, aber eine Botschaft des Wahlvolkes ist eindeutig: Die Sachsen wollen nicht links regiert werden.

Rund 70 Prozent der frisch gewählten Parlamentarier sind entweder von der CDU oder von der AfD – 70 Prozent! Im Freistaat will die große Mehrheit der Wähler Mitte oder Rechts. Die AfD, jetzt zweitstärkste Kraft im Landtag, hat allein mehr Abgeordnete als SPD, Linke und Grüne zusammen.

Und was bekommen die Sachsen nun? Eine Regierung mit Beteiligung von SPD und Grünen. Ist das wirklich der Wählerwille?

## Kretschmer hat einen bärenstarken Wahlkampf hingelegt

Für die CDU ist die Lage schwierig – zugegeben. Seit 1990 hat sie das Land ununterbrochen regiert – erfolgreich regiert. In vielen Bereichen gehört das Ost-Land zur bundesdeutschen Spitze. Und Michael Kretschmer hat – anders als sein Kollege Ingo Senftleben in Brandenburg – einen bärenstarken Wahlkampf hingelegt und auf der Zielgeraden die AfD deutlich hinter sich gelassen – trotz Störfeuer der Bundes-CDU, deren Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer gleich mehrmals durchsagen wir – Kommunikationspannen auffiel.

Kann die CDU im Jahr 2019 mit der AfD eine Koalition ein-

gehen? Nein, das kann sie nicht. Ähnlich wie vor 35 Jahren bei den Grünen ist die Frage, ob sich Realos oder Wirrköpfe mittelfristig durchsetzen, keineswegs geklärt. Noch 1983 stellte der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) unmissverständlich klar: „Die Grünen stehen für mich außerhalb jeder Kalkulation. Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern jede Zusammenarbeit mit ihnen aus.“

Zwei Jahre später bildete er mit ihnen eine Landesregierung und Joschka Fischers Karriere begann. Inzwischen werden nahezu alle großen politischen Debatten in Deutschland von den Grünen aufgebracht, ja dominiert, oder von der AfD.

## Die einstigen Volksparteien geben den Bürgern keine Antworten

Und die einstigen Volksparteien? Sie sprechen in jedes

Mikrofon, dass „wir den Bürgern jetzt Antworten geben müssen“, tun es aber nicht. Oder sie geben Antworten auf Fragen, die gar keiner stellt. So analysierte CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus noch am Wahlabend, es sei seiner Partei nicht gelungen, den Bürgern die Haltung der CDU zur Klimadebatte deutlich zu machen. Hat jemand überhaupt danach gefragt?

Die CDU könnte Wähler zurückgewinnen, wenn sie endlich auf die Frage eine Antwort gäbe, wie man die 260.000 rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber zurück in ihre Heimatländer bringt. Dann klappt's auch wieder mit dem Wähler.

Schön auch der Politikexperte im WDR, der den Radiozuhörern allen Ernstes erklärte, die Jungwähler hätten die AfD in Sachsen deshalb in Mas-

sen gewählt, weil in manchen Regionen des Freistaates noch Strukturschwäche herrsche. Ja, das überzeugt. Da haben die morgens aus dem Fenster geschaut und gedacht: Ganz schön strukturschwach hier, da wählen wir jetzt mal rechts...

## Blockade der Etablierten gegenüber der AfD wird vielleicht noch Jahre halten

Heute und morgen und nächstes Jahr und übernächstes Jahr und vielleicht noch viele Jahre wird die Blockade der Etablierten gegenüber der AfD noch halten. Und so lange es immer wieder AfD-Politiker gibt, die mit völkischem Geschwurbel im Bierkeller bejubelt werden oder von denen Fotos mit Hakenkreuzfahnen auftauchen, wird es noch viel, viel länger nichts mit irgendeiner Form von Zusammenarbeit. Auch wenn es schon vie-

## Klaus Kelle

ist regelmäßiger Kolumnist bei FOCUS ONLINE und selbstständiger Medienunternehmer. Der gelernte Journalist hat in 30 Jahren Berufstätigkeit u. a. für Medienhäuser wie Axel Springer und Gruner & Jahr gearbeitet.  
[www.kellecom.de](http://www.kellecom.de)



le Jahre her ist, was sind das für Leute, die nach den Schrecken der Nazizeit und nach dem Holocaust Hakenkreuzfahnen schwingen? Einfach nur krank!

Und dennoch ist das, was sich jetzt in Dresden abzeichnet, falsch. Muss man mit der AfD koalieren? Natürlich nicht! Darf man mit den Grünen koalieren – natürlich darf man. Aber ein Viertel der Bevölkerung und ihre Überzeugungen einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, sie zu ignorieren und stigmatisieren? Das

wird kein gutes Ende nehmen. Denn nach der Wahl ist immer auch vor der Wahl.

### **Wahlen sind dramatische Zeichen eines tiefgreifenden Umbruchs**

Man kann den gewählten Abgeordneten der AfD den Handschlag verweigern, das ist eine Stilfrage, etwas Persönliches. Aber man kann als Landesregierung oder als CDU nicht so tun, als wäre dieses Viertel der Bevölkerung gar nicht da und einfach so weitermachen, als wäre nichts geschehen. Die bei-

den Landtagswahlen im Osten am 1. September und mutmaßlich auch die kommende in Thüringen sind dramatische Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchs in Deutschland. Eine Demokratie, eine vielfältige und bunte Gesellschaft, muss mit unliebsamen Entscheidungen des Wahlvolks souveräner umgehen als es die etablierten Parteien gerade vorführen.

Warum eigentlich will die sächsische CDU nicht eine Minderheitsregierung unter Michael Kretschmer führen?

Weil wir das noch nie so gemacht haben etwa? In anderen europäischen Ländern hat man gute Erfahrungen damit gemacht. Es würde eine Repolitisierung der etablierten Politik bedeuten. Die CDU müsste wieder um Mehrheiten ringen, sie müsste überzeugen, sie müsste Deals mit den anderen Parteien schließen – mit ALLEN anderen Parteien.

Das wäre Demokratie pur. Und es würde dem Wählerwillen in Sachsen entsprechen. Mehr jedenfalls als eine „Kenia-Koalition“ der Wahlverlierer. ■

Wollen Sie auf modernere Kommunikationstechnik umsteigen und dabei noch Geld sparen?

Wir helfen Ihnen gerne dabei!

### **Systemhaus für Telekommunikation**

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund  
Telefon: 02 31 - 95 01 70 · [www.schrader-trojan.de](http://www.schrader-trojan.de)  
E-Mail: [info-bds@schrader-trojan.de](mailto:info-bds@schrader-trojan.de)



# Bildungsrepublik mit großen Defiziten

von Friedhelm Ost

Deutschland ist eines der Länder, die über keine nennenswerten Rohstoffvorkommen verfügen. Erze, seltene Erden, Öl und Gas – nahezu alle wichtigen Ressourcen muss unser Industrieland importieren. Unsere wirtschaftliche Stärke basiert bislang darauf, dass wir innovative Produkte herstellen, die hierzulande und im Ausland gefragt sind. Maschinen, Chemie, Anlagen, Pharmazeutika und vieles andere „made in Germany“ machen unsere Exportstärke aus, obwohl deutsche Waren recht teuer sind. Im internationalen Wettbewerb zählt eben nicht nur der Preis, sondern Qualität, Funktionsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Effizienz sind wichtige Faktoren für ein letztlich günstiges Preis-/Leistungsverhältnis.

## Spitzenpositionen in Gefahr

In einigen Wirtschaftsbereichen zeichnet sich ab, dass Deutschland seine Spitzenpositionen schon in naher Zukunft nicht mehr wird behaupten können. Die Autoindustrie, die sich mit Mogelsoftware über die Kunden retten wollte und viele Millionen Käufer betrogen hat, die Digitalisierung, der IT-Sektor, die Herstellung von Batterien sowie manche andere Zukunftsbranchen rangieren im Vergleich zu anderen globalen Konkurrenten nicht mehr auf den führenden Plätzen. Die Erfolge der Vergangenheit waren vielfach verführerisch, doch selbst goldgeränderte Bilanzen sind keine Garantie für Zukunftserfolge, bestenfalls ein solides Sprungbrett, um auch in den nächsten Jahren mithalten zu können.

## Bildung, Bildung über alles

Deutschlands wichtigste Ressource ist das „Humankapital“. Die Goldader der Nation liegt vor allem zwischen den Ohren der Menschen in den grauen Zellen der Hirne. Deshalb muss Bildung die höchste Priorität einnehmen, denn sie ist die wichtigste Voraussetzung für Wissenschaft, Forschung, Erfindergeist, Innovation sowie für Ingenieur- und Fertigungskunst. Vor einigen Jahren hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel weitblickend die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen und dafür viel Beifall erhalten. Gewiss ist seitdem einiges geschehen, doch allzu viel Positives ist nicht passiert.

## 15.000 unbesetzte Lehrerstellen

Bildungspolitik wird bei uns nahezu ausschließlich von den Länderregierungen betrieben. Die Konferenz der Kultus- und Bildungsminister scheint sich mehr mit der Abstimmung der Ferien als mit den wirklich wichtigen Themen zu beschäftigen. Eine Überprüfung der vor langer Zeit eingeführten neuen Rechtschreibweise wäre überfällig, da sich inzwischen die Verwirrung durch diese Regeln auf immer höherem Niveau bewegt. Die große Unfähigkeit dieser Länderminister wird in diesen Tagen überdeutlich:



## Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

Zum neuen Schuljahr werden rund 15.000 Lehrerstellen nicht besetzt sein. Vor einem Jahr meldete schon jede dritte Schulleitung Mangel an Lehrern, jetzt klagt jede zweite

über dieses Defizit. Angesichts von fast 800.000 Lehrern an allgemeinbildenden Schulen ist dieser Missstand mehr als eklatant. Ohnehin wäre die Misere noch größer, wenn viele Schulen sich nicht mit Quer- und Seiteneinsteigern behelfen und Pensionäre einspannen würden.

## Große Defizite in Grund- und Berufsschulen

Besonders groß ist der Lehrermangel an den Grund- und Förder- sowie bereits seit Langem an den Berufsschulen. Gravierend zeigen sich diese Defizite vor allem in den ostdeutschen Ländern. An den Gymnasien herrscht dagegen ein Überangebot von Lehrern in den Fächern Fremdsprachen, Gesellschaftskunde und Deutsch, während es einen gewissen Mangel von Lehrern in den Bereichen Naturwissenschaft und in den musischen Fächern gibt. Gewiss mag es schwierig sein, die Entwicklung der Schülerzahlen exakt im Voraus zu berechnen. Doch die Alterspyramide des Lehrkörpers, die Zahl derjenigen, die in 5, 3 oder 2 Jahren in Pension gehen, der zusätzliche Bedarf an Lehrern für die Rückkehr zu G9 und der notwendige Einsatz von Sozialpädagogen sind einigermaßen mittelfristig zu prognostizieren. Und dass auch der eine oder andere Lehrer durch Krankheit ausfällt, ist keine so plötzliche und unkalkulierbare Tatsache; dafür müssten rechtzeitig einige „Springer“ eingeplant werden.

## Die Schlüsselfunktion der Lehrer

Immer noch nehmen einige Zeitgenossen die Erkenntnis, dass der Lehrerberuf der für unsere Gesellschaft wichtigste Job ist, mit einem eher müden Lächeln zur Kenntnis. Doch jedem mag wohl klar sein, dass er ohne Lehrer nicht lesen, schreiben und rechnen könnte, aber auch andere Bildung nicht vermittelt bekommen hätte. Deshalb gilt es, den Lehrerberuf in allen Schichten unserer Bevölkerung deutlich aufzuwerten und dessen Ansehen zu stärken. Denn die Herausforderungen der Lehrer sind riesig und existenziell für unsere Nation: Sie müssen nämlich die Goldadern zwischen den Ohren eines jeden Schülers freilegen und somit das Humankapital schaffen, ohne das sich der Wohlstand unseres Landes in Zukunft arg verringern würde.

**Immer mehr Schulabbrecher!**

Kein Kopf darf uns deshalb verloren gehen. So gesehen ist es geradezu besorgniserregend, dass sich die Schulabbrecherquote binnen Jahresfrist von 5,7 auf 6,3 % erhöht hat. Dabei zeigten sich große Unterschiede der Schulqualität in den einzelnen Bundesländern. In Hessen liegt diese Quote gerade einmal bei 4,9 %, während sie in Sachsen-Anhalt etwa 10 und in Berlin 9,2 % beträgt. Positiv schneiden noch Hamburg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit einer Abbrecherquote von unter 6 % ab. Weiter gestiegen ist die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, bei Schülern mit Migrationshintergrund: Sie beläuft sich auf über 18 %! Zu Recht hat gerade die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Alarm geschlagen und

auf die Fehlentwicklungen hingewiesen: Politiker im Bund und in den Ländern dürfen diese Fehlentwicklungen nicht einfach hinnehmen, denn die Chancengerechtigkeit ist damit nicht mehr gegeben. Investitionen in den Ausbau von Kita-Plätzen und Ganztagschulen sowie eine höhere Qualität bei der frühkindlichen Bildung sind dringend erforderlich, um den Negativtrend umzukehren und die Zukunft der jungen Menschen positiv zu gestalten.

**Marode Bildungsinfrastruktur**

Investitionen sind schließlich überfällig, um viele marode Schulgebäude zu renovieren und vieles zu reparieren. Bereits 2017 hat der Bund für ein Schulsanierungsprogramm 3,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Bis heute sind davon gerade einmal

einige hundert Millionen Euro genutzt worden, um neue Räume in den Schulen zu schaffen, um Klassenzimmer freundlicher zu gestalten, Toiletten zu installieren oder Turnhallen zu reparieren. Während in einigen Bundesländern – wie etwa in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern – das Programm zügig umgesetzt wird, tut sich in anderen Ländern wenig bis gar nichts; hier ist von langen Planungszeiten, Engpässen bei Bau- und anderen Firmen sowie zeitraubenden Prüfungen die Rede. Bis der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau berechnete Investitionsrückstand in Höhe von fast 50 Mrd. Euro aufgeholt sein wird, könnte es noch sehr lange dauern. Marode Schulgebäude bieten gewiss keine gute Infrastruktur für die Bildungsrepublik Deutschland. ■

## EINLADUNG

# Ordentliche Generalversammlung

am 30. November 2019 in 59439 Holzwickede, Ferdinand-Porsche-Str. 1

Gemäß § 8 Abs. 2 und 3 der gültigen Satzung des Bundes der Selbständigen (Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.) und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V., dürfen wir Sie für

Samstag, den 30. November 2019, 10.30 bis 12.30 Uhr, nach  
59439 Holzwickede, Ferdinand-Porsche-Str. 1

form- und fristgerecht einladen.

Nach § 8 Abs. 3 der gültigen BDS- und BVMU-Satzung sind nur die gewählten Delegierten der BDS- und BVMU-Einzelmitglieder, der Ortsverbände sowie die Mitglieder des Vorstandes und des BVMU-Präsidiums stimmberechtigt.

**TAGESORDNUNG**

- |  |  |
|--|--|
| 1. Eröffnung der Generalversammlung        | 7. Aussprache über die Berichte                      |
| 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit     | 8. Ergänzungswahl eines Rechnungsprüfers             |
| 3. Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung  | 9. Anträge   |
| 4. Tätigkeitsbericht des Vorstandes        | 10. Bestimmung des Ortes der Generalversammlung 2020 |
| 5. Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters | 11. Schlusswort                                      |
| 6. Bericht der Rechnungsprüfer             |  |

Hans-Peter Murmann  
Präsident

Joachim Schäfer  
Hauptgeschäftsführer

**IMPRESSUM****Der Selbständige**

ISSN 0946-3224  
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband  
Hrsg: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer  
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler,  
Titelfoto: Anita Schäfer  
Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin  
Bezugsbedingungen:  
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.  
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:  
Bundesverband der Selbständigen –  
Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Internet: [www.bds-dgv.de](http://www.bds-dgv.de)  
E-Mail: [info@bds-nrw.de](mailto:info@bds-nrw.de)

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.



# Demokratie wieder neu erklären

CDU-Finanzexperte Carsten Brodessor: Vollkasko mentalität entgegenwirken

**A**ls direkt gewählter Abgeordneter (43,7 Prozent der Erststimmen) vertritt Dr. Carsten Brodesser (CDU) den Oberbergischen Kreis im 19. Bundestag. Der studierte Diplom Volkswirt schloss im Jahre 2011 zusätzlich ein nebenberufliches Studium mit der Promotion zum Dr. phil. ab.

Vor seiner Berufung in den Deutschen Bundestag war Carsten Brodesser Regionaldirektor und Prokurist einer Bausparkasse. Seine berufliche Qualifikation war unter anderem mit ausschlaggebend für seine Entsendung in den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, dessen ordentliches Mitglied er ist. Außerdem ist der CDU-Politiker stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Petitionsausschuss. Über seine finanz- und gesellschaftspolitischen Ansichten sprach Carsten Brodesser mit Hans-Peter Murmann.

? Der Ökonom Arthur Laffer hat einen Zusammenhang zwischen Steuersätzen und Steueraufkommen hergestellt: Von einem bestimmten Punkt an, das zeigt die „Laffer-Kurve“, wächst das Steueraufkommen nicht mehr, wenn man die Steuersätze weiter erhöht; es kann sogar sinken – nämlich dann, wenn die Besteuernden den Eindruck haben, dass sich Leistung nicht mehr lohnt. Anders gesagt, wenn der Arbeitnehmer von jedem zusätzlich verdienten Euro mehr als die Hälfte an Fiskus und Sozialversicherung abgeben muss – und das ist schon bei einem Durchschnittsverdiener der Fall –, verzichtet er auf das Geld und entscheidet sich für mehr Freizeit. Wäre es nicht gerade für die Mitglieder des Finanzausschusses eine reizvolle Aufgabe, sich einmal mit der sogenannten „Laffer-Kurve“ zu beschäftigen?

**Dr. Carsten Brodesser:** Die Thesen des Ökonomen Arthur Laffer sind den meisten Mitgliedern des Finanzausschusses bekannt. Es ist in der Tat so, wenn ein Arbeitnehmer mehr als 50 Prozent seines Verdienstes an den Fiskus und an die Sozialversicherung weitergeben muss, sinkt natürlich die Bereitschaft, seine individuelle Arbeitsleistung zu erhöhen. Soll heißen: Das Grenzangebot an Arbeit sinkt rapide. Ich möchte diese Entwicklung an den geringfügig beschäftigten Arbeitsverhältnissen, also den 450-Euro-Jobs, festmachen. Für diese Arbeit führt der Arbeitgeber pauschal die Beiträge beziehungsweise Steuern ab, ohne

den Arbeitnehmer zu belasten. Diese Arbeitsverhältnisse sind ein gutes Beispiel dafür, dass Arbeitnehmer bereit sind, zusätzliche Arbeit zu leisten, wenn sich dies finanziell rechnet. Deshalb bin ich auch strikt dagegen, an diesen Arbeitsverhältnissen zu rütteln, wie dies immer wieder von den Linksparteien ins Gespräch gebracht wird. Insofern ist es richtig, dass jede Steuer- oder Abgabenerhöhung ab einem gewissen Punkt zu kontraproduktiven Effekten führt. Für uns Unionspolitiker ist das ein Dauerthema. Leider hat aber unser Koalitionspartner da eine andere Sicht der Dinge.

? Bundesfinanzminister Scholz will eine Steuervergünstigung abschaffen, von der bislang mutmaßlich hunderttausende Arbeitnehmer profitieren. Es geht um sogenannte Sachbezugskarten, mit denen Firmen ihre Mitarbeiter steuerfrei eine geldwerte Belohnung im Wert von monatlich bis zu 44,00 Euro zukommen lassen dürfen. Diese Sachbezugskarten funktionieren wie vorausbezahlte Kreditkarten. Die Begünstigten können damit fast überall einkaufen. Die Einkäufe mit den Karten kommen größtenteils dem Einzelhandel zugute. Wenn die Unternehmen auf Gutscheine ausweichen müssen, profitiert künftig vor allem Amazon, sagt unter anderem die Mittelstandsvereinigung. Was sagt Carsten Brodesser zu den Scholz-Plänen?

**Dr. Carsten Brodesser:** Ich schließe mich voll und ganz der Haltung

der Mittelstandsvereinigung an. Ich bin daher sehr zufrieden, dass wir diesen Punkt aus dem aktuellen Entwurf des Jahressteuergesetzes 2019 streichen konnten.

? Mit dem Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch wollen Sie die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit verbessern. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um das gesteckte Ziel zu erreichen?

**Dr. Carsten Brodesser:** Vor allem ist vorgesehen, die Personaldichte beim Zoll zu vergrößern. Geplant sind fünf neue Standorte, um so eine höhere Kontrolldichte zu erreichen. Zwei Bereiche stehen dabei besonders im Focus: Das Baugewerbe und der Gastronomiebereich. Ich begrüße sehr, dass das Gesetz auch den Sozialleistungsmissbrauch eindämmen will. Ich meine, wenn unter Vorspielen falscher Tatsachen ein Aufenthaltsnachweis erschlichen wird, wenn Scheinarbeitsverhältnisse gegründet werden und wenn Kindergeldzahlungen unberechtigt ins Ausland erfolgen. Außerdem halte ich es für unzumutbar, wenn Kindergeldzahlungen zum Beispiel nach Rumänien nicht den dortigen Verhältnissen entsprechen, sondern nach deutscher Größenordnung erfolgen. Ein Ärgernis wie ich finde.

? Die Hightech-Strategie 2025 ist nach Worten der Bundesregierung ein wichtiger Beitrag des Staates, damit deutsche Produkte

„Jede Steuer- oder Abgabenerhöhung führt zu kontraproduktiven Effekten.“



und Dienstleistungen auch zukünftig zur Weltspitze gehören. Welche Schwerpunkte setzt die Hightech-Strategie 2025?

**Dr. Carsten Brodesser:** Wolfgang Bosbach hat einmal gesagt: „Wenn du nichts im Boden hast, musst du was in der Birne haben.“ Dieser Spruch hat über viele Jahrzehnte in Deutschland Gültigkeit gehabt und muss meines Erachtens in der Zukunft auch weiterhin gelten. Kreativität und Pioniergeist fallen aber nicht vom Himmel, sondern müssen gefördert werden. Die Förderung fängt bei einer vernünftigen Bildung an. Naturwissenschaftlicher Unterricht ist kein Teufelszeug, sondern die Grundvoraussetzung dafür, dass 10 Jahre später eine Ingenieurleistung entsteht. Wichtig ist auch die Hochschulförderung. Wir müssen mit staatlicher Unterstützung die Forschungsstandorte ausbauen, weil wir im internationalen Wettbewerb stehen und wir leider immer wieder feststellen müssen, dass talentierte junge Forscher nach Abschluss ihres Grundstudiums sich aus Deutschland verabschieden. Und wir müssen den Unternehmen für die Forschungsförderung steuerliche Rahmenbedingungen schaffen. Die SPD

„Die untergegangene DDR hat doch sehr deutlich gezeigt, zu welchen Verwerfungen die Planwirtschaft und die Verstaatlichung von Privateigentum führt.“

möchte in diesem Zusammenhang die Forschungsinstitute fördern, wir von der Union dagegen die Unternehmer durch steuerliche Anreize fördern. Als besonders wichtige Infrastrukturmaßnahme sehe ich den Bereich der Digitalisierung. Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass wir nicht an der Spitze der Entwicklung stehen, sondern der Entwicklung hinterherlaufen. Wir stehen uns vielfach mit einer Überbürokratisierung selbst im Wege. Dem will die Hightech-Strategie 2025 gegensteuern.

? Beunruhigt es Sie nicht, wenn führende Köpfe des Koalitionspartners SPD das Recht auf Eigentum an Immobilien zur Disposition stellen und der Juso-Vorsitzende Kühnert darüber fabuliert, dass jeder Bürger nur die eine Wohnung besitzen dürfe, die er selbst bewohnt?

**Dr. Carsten Brodesser:** Für derartige Gedankenspiele haben die Sozialdemokraten bei den letzten Landtagswahlen ja eine deutliche Quittung erhalten. Vielmehr beunruhigt mich allerdings, dass die Bündnisgrünen ähnliche Phantasien entwickeln, dafür vom Wähler aber nicht abgestraft werden,

obwohl uns die untergegangene DDR doch sehr deutlich gezeigt hat, zu welchen Verwerfungen die Planwirtschaft und die Verstaatlichung von Privateigentum führt. Und den für Berlin vorgeschlagenen Mietdeckel, halte ich für einen Treppenwitz.

? Ein Schweizer Kommentator verglich die EU unlängst mit einem Kreditkartenkonto: „Einer (die Deutschen) zahlt ein. Die Anderen heben ab.“ Der Witz an der Geschichte: Die Ärmeren haften für die Reicheren. Während das deutsche Vermögen pro Kopf einschließlich Immobilien und abzüglich Verbindlichkeiten bei rund 51.000 Euro liegt, liegt das der Italiener bei 174.000 Euro. Die Spanier sind sogar noch wohlhabender: Sie kommen auf ein durchschnittliches Pro-Kopf-Vermögen von rund 183.000 Euro. Das ergab eine Studie der EZB. Ihr Kommentar?

**Dr. Carsten Brodesser:** Dass Deutschland bei dem durchschnittlichen Vermögenswert auf der vorletzten Position liegt, hat ein Stück weit mit unserer Geschichte zu tun. Durch den Zweiten Weltkrieg wurde in Deutschland ein erheblicher Wohn- und

Gebäudebestand vernichtet. Zudem gelten wir als eine traditionelle Mieternation. Die durchschnittliche Verteilung von Immobilienvermögen liegt in Deutschland bei knapp über 40 Prozent, in den Südländern Italien und Spanien bei über 80 Prozent. Dagegen haben die Deutschen höhere Anwartschaften aus den drei Säulen unseres Rentensystems. Das ist die eine Seite der Medaille. Zur anderen Seite der Medaille gehört aber die Frage nach dem Lebensstandard. In Deutschland sind die Löhne höher und vielfach die Preise des täglichen Bedarfs niedriger als in den Südländern. Und das zählt für mich zum gefühlten Vermögen hinzu. Dem Schweizer Kommentator, der die EU mit einem Kreditkartenkonto verglichen hat, möchte ich entgegnen, dass Deutschland am allermeisten von der Europäischen Union profitiert hat. Ohne den europäischen Binnenmarkt, und damit dem freien Austausch von Gütern und Dienstleistungen, ginge es vielen Unternehmern und Arbeitnehmern deutlich schlechter.

**?** Der bekannte Finanzexperte Frank Walter von der Ersten Finanz- und Vermögensberatung prognostiziert eine Euro-Währungsreform, die nach seinen Worten 90 Prozent der Geldwerte vernichten könnte. Teilen Sie Walters Befürchtungen?

**Dr. Carsten Brodesser:** Diese Befürchtung teile ich nicht. Wenn Sie sich die Währungsparitäten zwischen dem Euro, dem Dollar und dem Yen anschauen, werden Sie feststellen, dass der Euro im Verhältnis zu den Leitwährungen außerordentlich stabil ist. Was mir Sorge bereitet, ist die expansive Geldpolitik der EZB. Ehrlicherweise muss man sagen, dass die Null-Zins-Politik nicht gemacht wurde, um die Währung oder das Preisniveau zu stabilisieren und um die Wirtschaft anzukurbeln, sondern um die Staatshaushalte in Südeuropa finanzierbar gestalten zu können. Dass die EZB den Straf-

zins für Bankeinlagen jetzt noch einmal erhöht hat, halte ich für nicht sonderlich hilfreich. Ein Unternehmer investiert nicht deshalb, weil der Zinssatz niedrig ist, sondern er investiert immer dann, wenn er ein neues Produkt auf den Markt bringen will, oder wenn seine Produktionskapazitäten ausgelastet sind. Deshalb war es und ist es in meinen Augen eine Scheindiskussion, wenn Mario Draghi sich hinstellt und sagt, mit seiner Politik würde man expansive Impulse an die Wirtschaft geben. In Wirklichkeit ist seine Intention, Italien, Griechenland, Spanien und Portugal zu ermöglichen, sich zu refinanzieren. Mit dieser Politik muss jetzt bald Schluss sein, weil sie selbst dem kleinsten Sparer seine Altersvorsorge entwertet.

**?** Vor allen politischen Systemen ist das demokratische System das strukturell labilste, weil es mit dem Engagement seiner Bürger steht und fällt. Um Ex-Bundestagspräsident Lammert zu zitieren: „Die Demokratie ist gefährdet, wenn wir sie für selbstverständlich halten. (...) Und dass wir in Deutschland die Demokratie für selbstverständlich halten, ist mein sicherer Eindruck.“ Was läuft falsch in Deutschland?

## Mit Carsten Brodesser sprachen Hans-Peter Murmann und Axel Hülsebusch

**Dr. Carsten Brodesser:** Norbert Lammerts Eindruck ist auch mein Eindruck. Ich beobachte zudem eine bedenkliche Entwicklung, die ich als Vollkaskomentalität bezeichnen möchte. Ich bekomme im Jahr zwischen 1.000 und 1.500 Briefe von Menschen aus meinem Wahlkreis, die mit einem Problem oder einer Forderung an mich herantreten. Wenn man sich dann mit den Menschen persönlich unterhält, oder mit ihnen korrespondiert, gewinne ich vielfach den Eindruck, dass diese Bürger alles für selbstverständlich erachten und dass die Politik verpflichtet ist, ihr persönliches Anliegen zu realisieren. Wenn das aus guten Gründen nicht möglich ist, greift Politikverdrossenheit um sich, die dann vielfach über Meinungsportale transportiert wird. Dabei vergessen diese Menschen, wie gut es uns in Deutschland geht. Ich kann nur jedem empfehlen, einmal in Länder zu fahren, in denen es keine demokratischen Strukturen gibt, in denen die freie Berufsausübung, die freie Meinungsäußerung, die Reisefreiheit und sonstige Grundrechte eingeschränkt sind. Insofern hat Norbert Lammert Recht. Wir müssen Demokratie immer wieder neu propagieren und neu erklären. ■

Fotos: Bettina Ausserhofer



# Den Grünen Paroli bieten

## Masterplan für eine sozialverträgliche Klimapolitik

Unter der Überschrift „Impulse für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft“ hat die SPD einen Masterplan erarbeitet, mit dem die Partei den Bündnisgrünen Paroli bieten will.

„Anders als die anderen Parteien denken wir ökologische Vernunft, technisch-ökonomische Innovationen, soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie zusammen“, erläutert Hermann Zimmermann, Referatsleiter für den Fachbereich „Nachhaltige Wirtschaft“, die SPD-Offensive.

Die staatliche E-Auto-Förderung will die SPD mit einem sozialgestaffelten Bonus erweitern. Danach sollen Käufer von Elektrofahrzeugen mit einem niedrigen Listenpreis einen doppelt so hohen Bonus erhalten, wie beim Kauf sehr teurer Modelle.

Dass eine Bahnfahrt innerhalb Deutschlands vielfach teurer ist als ein innerdeutscher Flug, findet die Kritik der Autoren. Fliegen müsse daher einen angemessenen Preis erhalten. Anders als die Bündnisgrünen, die auf einen deutschen Alleingang setzen, fordern die Sozialdemokraten „eine angemessene europaweite Bepreisung von Kerosin beziehungsweise eine europaweite Ticketsteuer“.



Hermann Zimmermann, Referatsleiter für den Fachbereich „Nachhaltige Wirtschaft“

### Kein Allheilmittel: CO2-Bepreisung

Um bei Mietwohnungen zu zusätzlichen Investitionen zur Energieeinsparung zu kommen, bringt die SPD eine Warmmiete zur Grundlage der Mietgesetzgebung ins Gespräch. Zudem hält sie eine Verankerung der energetischen Beschaffenheit des Gebäudes im Mietspiegel für sinnvoll.

Hinsichtlich einer in der Diskussion befindlichen CO2-Abgabe sollten die daraus resultierenden Einnahmen den Bürgern zurückgegeben werden, „damit niemand ungerecht belastet wird“, heißt es in dem Papier. Zudem sei eine CO2-Bepreisung kein Allheilmittel und längst keine hinrei-

chende Bedingung für mehr Klimaschutz. „Vielmehr brauchen wir einen Instrumentenmix aus öffentlichen Investitionen, Ordnungsrecht und einer nachhaltigen Ausgestaltung des Steuer- und Abgabensystems“, heben die Autoren des Masterplans hervor. A.S. ■

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



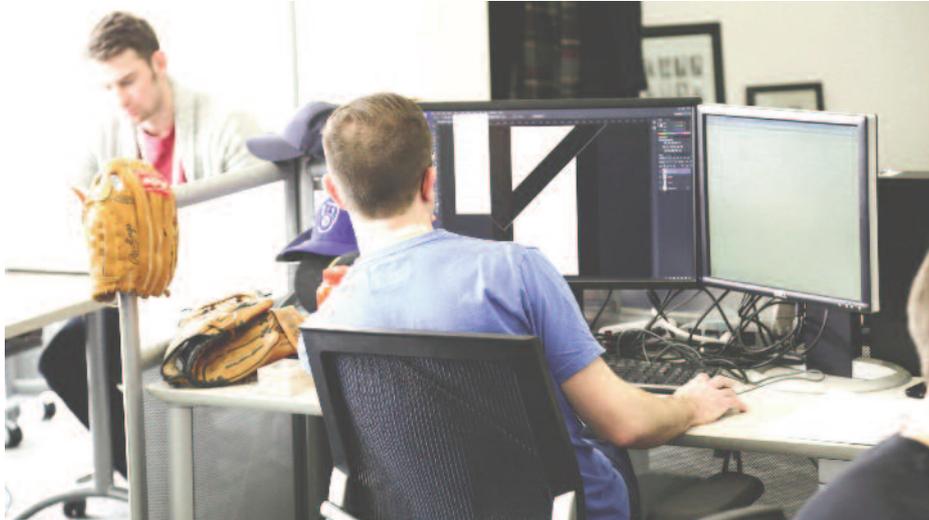
☎ (0231) 2265789  
 📞 (0231) 2265788  
 ✉ info@k6-medien.de



Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

## Seit über 30 Jahren erfolgreich tätig!



Die Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH ist im Auftrag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle als Leitstelle tätig und prüft Anträge zur Bezuschussung von Unternehmensberatungen.

Unsere Gesellschaft wickelt zirka ein Drittel des gesamten Antragsvolumens ab.

Neutralität und Unabhängigkeit unserer Tätigkeit sowie die branchenübergreifende und bundesweite Zuständigkeit sichern ein umfassendes Know-how nicht nur bei der Antragsbearbeitung, sondern auch bei der Informationsgewährung. Qualifizierte Informationen zum Förderprogramm, Kundenorientierung sowie kurze Bearbeitungszeiten zeichnen unsere Tätigkeit aus.

Die Maßnahmen werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert.

Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH für die gewerbliche Wirtschaft und Freie Berufe  
 August-Bier-Str. 18 • 53129 Bonn  
 Telefon: (02 28) 21 00 33 und 21 00 34, Telefax: (02 28) 21 18 24  
 E-Mail: [info@foerder-bds.de](mailto:info@foerder-bds.de), Internet: [www.foerder-bds.de](http://www.foerder-bds.de)

**Gefördert durch:**



# Tipps für die tägliche Betriebspraxis

## Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

### **Abtretung von Gesellschaftsforderungen im Zusammenhang mit Mantelkauf als Gestaltungsmissbrauch**

Der Gesellschafter einer inaktiven GmbH veräußerte seine Anteile an einen fremden Dritten. Es lagen Verlustvorträge vor. Weiterhin bestanden Gesellschafterdarlehn gegenüber dem Anteilsveräußerer und dessen Vater, wobei die Darlehensgeber zur Vermeidung einer Insolvenzantragspflicht den Rangrücktritt erklärt hatten. Unmittelbar nach dem Verkauf der Geschäftsanteile veräußerten die beiden Darlehensgeber ihre gegen die GmbH bestehenden Darlehnsforderungen an die Ehefrau des neu Eingetretenen weit unter Buchwert. Die Ehefrau als neue Darlehnsgläubigerin erklärte ebenfalls den Rangrücktritt. Nachfolgend brachte der Neugesellschafter sein Einzelunternehmen in die GmbH ein, die sodann erhebliche Gewinne erwirtschaftete. Aufgrund der hohen Verlustvorträge zahlte die Gesellschaft keine Steuern. Die Darlehn der Ehefrau wurden fortlaufend getilgt.

Nach einer Betriebsprüfung vertrat das Finanzamt die Auffassung, dass die Tilgungen, die über den Anschaffungspreis hinausgingen, als verdeckte Gewinnausschüttung zu behandeln seien. Der Bundesfinanzhof widersprach. Allerdings müsse noch einmal geprüft werden, so das Gericht, ob hier Darlehnsrückzahlungen vor Eintritt des Besserungsfalls geleistet wurden, die unter Umständen doch zu einer verdeckten Gewinnausschüttung führen könnten.

### **Betriebsvermögen eines Einzelgewerbetreibenden für seine Beteiligung an und Forderung gegenüber einer Kapitalgesellschaft**

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs gehört die Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft dann zum notwendigen Betriebsvermögen eines Einzelgewerbetreibenden, wenn sie die gewerbliche Betätigung entscheidend fördert oder dem Zweck dient, den Produktabsatz zu stärken.

Liegen diese Voraussetzungen vor, liegt es nahe, dass auch ein der Kapitalgesellschaft gewährtes Darlehn dem Betriebsvermögen des Unternehmers zuzurechnen ist. Entscheidend ist, ob das Darlehn förderlich für die Tätigkeit des Einzelgewerbetreibenden ist.

### **Identität von Rechnungsaussteller und leistendem Unternehmer als Voraussetzung für den Vorsteuerabzug**

Ein Unternehmer verkaufte umsatzsteuerpflichtig Computer und Software. Er machte Vorsteuer aus dem Erwerb von Elektronikartikeln von den Zulieferfirmen T und F geltend. Die Waren wurden ihm von der A AG angeboten, von der er die Waren entweder abholte oder sie von der A AG direkt an seine Abnehmer verschicken ließ.

Das Finanzamt war der Ansicht, dass T und F als sog. missing trader (Nichtunternehmer) und der Unternehmer als sog. buffer (Zwischenhändler) in eine Umsatzsteuerbetrugskette eingebunden waren und versagte dem Unternehmer den Vorsteuerabzug.

Der Bundesfinanzhof entschied unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, dass für den Vorsteuerabzug u. a. leistender Unternehmer und Rechnungsaussteller identisch sein müssen. Das war hier nicht der Fall, denn die Lieferungen wurden von der A AG und nicht von T und F ausgeführt. Mithin wurden die von T und F abgerechneten Lieferungen nicht erbracht und die von der A AG ausgeführte Lieferung nicht abgerechnet.

### **Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Abmahnungen bei Urheberrechtsverletzungen**

Ein Tonträgerhersteller mahnte die rechtswidrige Verbreitung von Tonaufnahmen im Internet ab. Er bot gleichzeitig an, gegen Unterzeichnung einer Unterlassungserklärung und Zahlung von pauschal 450 Euro (netto) von Klagen abzusehen. Die erhaltenen Zahlungen behandelte der Tonträgerhersteller als nicht umsatzsteuerbaren Schadensersatz.

Der Bundesfinanzhof sah dies anders: Nach dem Urheberrecht hat der in seinem Urheberrecht Verletzte einen Unterlassungsanspruch. Vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens auf Unterlassung soll der Rechtsverletzer abgemahnt und ihm Gelegenheit gegeben werden, den Streit durch Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung beizulegen. Daneben besteht ein Schadensersatzanspruch. Zweck der Abmahnung ist die Beseitigung und Unterlassung der Verletzungshandlung. Sie soll auf das rechtsverletzende Verhalten aufmerksam machen, vor einem drohenden Gerichtsverfahren warnen, auf eine außergerichtliche Streitbeilegung hinwirken und einen kostspieligen Prozess vermeiden.

Die Abmahnung erfolgte zumindest auch im Interesse des jeweiligen Rechtsverletzers, weil er die Möglichkeit erhält, einen kostspieligen Prozess zu vermeiden. Dies ist als umsatzsteuerpflichtige sonstige Leistung des Tonträgerherstellers anzusehen. Die geleisteten Zahlungen der Abgemahnten sind entsprechend das Entgelt.

### **Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union zum erfolglosen Unternehmer**

Eine GmbH, die ein Alten- und Pflegeheim steuerfrei betrieb, errichtete 2003 einen Anbau, in dem eine Cafeteria für Besucher und Heimbewohner betrieben werden sollte. Hierfür wurde Vorsteuer geltend gemacht. Die Warenumsätze blieben jedoch wenige Jahre später aus und das Gewerbe wurde schließlich abgemeldet. Weil keine Umsätze mit Recht auf Vorsteuerabzug mehr erzielt wurden, berichtigte das Finanzamt den in Anspruch genommenen Vorsteuerabzug. Gegen die entsprechenden Steuerbescheide wehrte sich das Unternehmen erfolglos.

Der Bundesfinanzhof hat sich an den Gerichtshof der Europäischen Union gewandt und gefragt:

Muss ein Steuerpflichtiger, der einen Investitionsgegenstand im Hinblick auf eine steuerpflichtige Verwendung mit Recht auf Vorsteuerab-

zug herstellt, den Vorsteuerabzug berichtigen, wenn er die zum Vorsteuerabzug berechtigende Umsatztätigkeit einstellt und der Investitionsgegenstand im Umfang der zuvor steuerpflichtigen Verwendung nunmehr ungenutzt bleibt?  
Bis zur Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union wird das Verfahren ausgesetzt.

### Ferienwohnungsvermietung als Reiseleistung

Ein Unternehmer vermietete im eigenen Namen Häuser im Inland sowie in anderen EU-Ländern zu Urlaubszwecken an Privatkunden. Die Objekte mietete er von den jeweiligen Eigentümern an. Die Betreuung der untergebrachten Gäste erfolgte durch die Eigentümer der Immobilien oder deren Beauftragte. Neben der Unterkunftsgestellung wurden typische Nebenleistungen, wie z. B. Reinigung der Unterkunft und Wäscheservice, erbracht. Der vermietende Unternehmer war der Ansicht, dass der ermäßigte Steuersatz im Rahmen der Margenbesteuerung zum Tragen kommt.

Der Bundesfinanzhof entschied, dass grundsätzlich die Margenbesteuerung aber nicht der ermäßigte Steuersatz Anwendung findet. Das Gericht verweist in diesem Zusammenhang auf die unionsrechtliche Grundlage. Der Gerichtshof der Europäischen Union hatte entschieden, dass Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beherbergung in Ferienunterkünften, die von Reisebüros durchgeführt werden, nicht dem ermäßigten Steuersatz unterliegen können.

### Wie ist der Begriff „Nummer der Rechnung“ im Vorsteuervergütungsantrag zu verstehen?

Steuererstattungen an nicht in Deutschland ansässige Steuerpflichtige erfolgen auf Antrag durch das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt). In dem fristgerecht zu stellenden Antrag ist für jede Rechnung u. a. die Rechnungsnummer anzugeben.

Das BZSt versagte einem österreichischen Antragsteller die Steuererstattung, weil er bis zum Ablauf der Antragsfrist keinen den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Vorsteuervergütungsantrag vorgelegt habe. Zwar erfolgte die Antragstellung fristgerecht, nur waren statt der Rechnungsnummern Referenznummern eingetragen.

In dem Rechtsstreit mit dem BZSt setzte der Bundesfinanzhof das Revisionsverfahren aus, bis der Gerichtshof der Europäischen Union die folgenden Fragen beantwortet hat:

- Reicht es für den ordnungsgemäßen Vorsteuervergütungsantrag aus, wenn in der Spalte „Beleg-Nr.“ nicht die Rechnungsnummer, sondern eine Referenznummer eingetragen ist?
- Gilt ein Erstattungsantrag, in dem statt der Rechnungsnummer die Referenznummer angegeben wurde, trotzdem als vollständig und als fristwährend vorgelegt? Ist dabei zu berücksichtigen, dass der Antragsteller aufgrund der Gestaltung des elektronischen Portals in Österreich und des Antragsvordrucks in Deutschland annehmen konnte, es genüge für eine formell vollständige und fristgerechte Antragstellung die Eintragung einer anderen Kennziffer als der Rechnungsnummer?



**Autor: StB Marcel Spliethove, 42287 Wuppertal, Heinz-Fangman-Straße 4, Tel.: 0202-250600, E-Mail: info@spliethove.de, www.spliethove.de**

**W**er kennt das nicht? In einer außergerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Finanzamt, etwa im Rahmen einer Betriebsprüfung, beantragt man Einsicht in seine eigenen Steuerakten und das Finanzamt lehnt diesen Antrag ab.

Im Gegensatz zur entsprechenden Regelungen des § 78 FGO über das Recht auf Einsicht in die Steuerakte anlässlich eines laufenden finanzgerichtlichen Klageverfahrens regelt die Abgabenordnung nämlich gerade kein solches Recht auf Akteneinsicht im Steuerverfahren. Vielmehr muss die Finanzverwaltung hier lediglich nach freiem Ermessen über einen solchen Antrag des Steuerpflichtigen entscheiden und lehnt diesen Antrag dann auch regelmäßig mit dem – nicht immer nachvollziehbaren – Argument

## Das Recht auf Akteneinsicht nach DSGVO

des Steuergeheimnisses ab.

Das Finanzgericht des Saarlandes hat jetzt in seinem im Verfahren 2 K 1002/16 aktuell veröffentlichten Beschluss vom 3. April 2019 entschieden, dass aus der DSGVO in Verbindung mit dem Grundsatz der Selbstbindung der Verwaltung und dem Saarländischen Informationsfreiheitsgesetz ein Anspruch auf Akteneinsicht bei der Finanzbehörde besteht.

„Grundsätzlich besteht seit dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Daten-

verkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DSGVO, ABl. L 119 vom 4. Mai 2015, S. 1 bis 88) ab 25. Mai 2018 für alle Steuerpflichtigen ein gebundener Anspruch auf Akteneinsicht bei der Finanzbehörde.

Ein Akteneinsichtsrecht ist zwar nicht ausdrücklich in der DSGVO geregelt. Nach Art. 15 Abs. 1 Halbsatz 2, Abs. 2 DSGVO besteht aber ein Auskunftsanspruch über sämtliche verarbeiteten personenbezogenen Daten. Dies gilt auch für Papierakten mit Informationen zu einer Zeit vor dem 25. Mai 2018 (vgl. Art. 99 Abs. 2 DSGVO).

Soweit die Finanzverwaltung beim Akteneinsichtsrecht weiterhin von einem Ermessensan-

spruch ausgeht, widerspricht dies sowohl vorrangigem Unionsrecht als auch nationalem Recht. Denn nach § 32d Abs. 1 AO besteht ein behördliches Ermessen nur, soweit es an Regelungen in der DSGVO fehlt. Dies ist vorliegend gerade nicht der Fall.“

Dieser Anspruch soll sich nach Auffassung des Finanzgerichts auch auf jene Akteninhalte erstrecken, die aus der Zeit vor Einführung der DSGVO stammen. Auch in nicht personenbezogene Daten darf eingesehen werden. ■

### Rückfragen:

RA Arnd Lackner,  
Großherzog-Friedrich-Str. 40  
66111 Saarbrücken  
Tel.: +49 (0) 681-95 82 82-0  
Fax: +49 (0) 681-95 82 82-10  
E-Mail: wagner@webvocat.de  
www.webvocat.de



# Ihr Partner

für deutschlandweite Übernachtungen, Veranstaltungen und mehr

kundenorientiert | zuverlässig | partnerschaftlich | kreativ



## Attraktive Firmenkonditionen für die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V.

### Ihre Vorteile

- Sie haben einen zentralen Ansprechpartner für alle Maritim Hotels.
- Wir nehmen Ihre Anfrage auf und fragen die Kapazitäten in den gewünschten Hotels für Sie ab, dadurch sparen Sie Zeit und Kosten.
- Wir erstellen zielorientierte, transparente Angebote und Verträge für Sie.
- Wir unterstützen Sie bei der Planung und Organisation Ihrer Veranstaltung inklusive Locationsuche, innovativer Caterings und begleitender Rahmenprogramme.
- Bei Bedarf entwickeln wir individuelle Incentives/ Motivationsprogramme im In- und Ausland für Sie.

### Ihre persönliche Ansprechpartnerin:

**Sabine Fiebich**  
Verkaufsassistentin

Maritim Hotel Gelsenkirchen  
Am Stadtgarten 1  
45879 Gelsenkirchen  
Telefon 0209 176-1701  
sfiebich.vkd@maritim.de

Betriebsstätte der Maritim Hotelgesellschaft mbH  
Herforder Straße 2 · 32105 Bad Salzuflen

### Mit dem Buchungscode BVMU99 erhalten Sie

- 12 % Rabatt auf alle tagesaktuellen Übernachtungspreise (Tagespreis und Frühbucherpreis) – immer und zu jeder Zeit (gültig für Einzelreisende bis neun Personen, ausgenommen Hotels mit fest vereinbarten Raten).
- ein kostenfreies Upgrade in die nächst höhere Zimmerkategorie inklusive VIP-Treatment für den Referenten, den Vorstand und die Geschäftsführung.
- feste Firmen-Sonderraten im Maritim proArte Hotel Berlin.

### Ihre Firmen-Sonderraten 2018

Preise pro Zimmer und Tag exklusive Frühstücksbuffet<sup>1</sup>.

Maritim Hotels	Zimmerkategorien					
	Classic		Comfort		Superior	
	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ
Berlin proArte <sup>2,3</sup>	104 €	119 €	114 €	129 €	144 €	159 €

<sup>1</sup> Teilnahme am reichhaltigen Maritim Frühstücksbuffet pro Person/Tag: 24 €.

<sup>2</sup> Die Raten der Superior Kategorie beinhalten die Nutzung der Lounge. Hier stehen ab 6.30 Uhr Frühstück und den gesamten Tag Snacks, Getränke, Kaffee, Tee und andere Annehmlichkeiten zur Verfügung.

<sup>3</sup> Ggf. zzgl. lokaler Abgaben auf die Beherbergung.

